

Presseinformation

DVGW Kongress 2026

Versorgungssicherheit und Resilienz sind entscheidende Faktoren zur Bewältigung aktueller und zukünftiger Herausforderungen

- Angespannte Situation auf dem internationalen Gasmarkt. Deutschland verfügt dank diversifizierter Importwege über eine deutlich breitere Versorgungsbasis als noch vor wenigen Jahren, bleibt angesichts niedriger Speicherstände und eines angespannten Weltmarktes jedoch gefordert.
- Wasserstoffhochlauf: Die bestehende Infrastruktur ist das Fundament. Abbau regulatorischer Hemmnisse notwendig.
- Bedrohung der Kritischen Infrastruktur nimmt zu. Auch die Energie- und Wasserbranche ist betroffen.
- Wasserwirtschaft unter Druck: Resilienz gegenüber dem Klimawandel sowie Weichenstellungen für den Gewässerschutz sind drängende Herausforderungen

Bonn, 30. September 2026 – Einen Tag vor Beginn der offiziellen Heizsaison und wenige Wochen vor dem Winter rücken die Füllstände der Gasspeicher in den Mittelpunkt der Diskussion um die Versorgungssicherheit. „Die Situation ist angesichts der aktuellen geopolitischen Lage nicht einfacher geworden. Der Krieg im Nahen Osten, die Störungen der Schifffahrt durch die Straße von Hormus und der fortdauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine belasten die internationalen Energiemärkte. Wir sehen, dass der LNG-Markt infolge der Störungen im Nahen Osten und einer wieder anziehenden Nachfrage in Teilen Asiens umkämpfter geworden ist und wie wichtig daher eigene Flexibilität ist“, sagt Prof. Dr. Gerald Linke, Vorstandsvorsitzender des DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. auf dem DVGW Kongress, der Leitveranstaltung der deutschen Energie- und Wasserwirtschaft. „Niedrige Speicherstände bedeuten nicht automatisch eine Gasmangellage. Sie

reduzieren aber den Sicherheitspuffer unseres Versorgungssystems gerade in Höchstlastsituationen. Je niedriger die Speicherstände sind, desto wichtiger werden stabile Importe, ausreichende Transportkapazitäten und die technische Ausspeicherleistungsfähigkeit der Speicher. Versorgungssicherheit ist deshalb keine reine Füllstandsfrage, sondern eine Systemfrage“, so der DVGW-Chef.

Kompensation durch Diversifizierung und zusätzliche Importe

Nach Einschätzung des DVGW kann Deutschland einen erheblichen Teil seines Gasbedarfs stetig und mit kleinen Erfolgen besser über diversifizierte Importwege decken. Hilfreich sind dabei erhöhte Importbezüge von europäischen Partnern wie Norwegen sowie LNG-Lieferungen, die an deutschen Terminals bislang überwiegend aus insbesondere den USA stammen. Perspektivisch können ab Anfang der 2030er-Jahre auch LNG-Lieferungen aus Kanada zur weiteren Diversifizierung beitragen. Zusätzlich erweitert der langfristige Liefervertrag zwischen SEFE und SOCAR den Zugang zu Pipelinegas aus Aserbaidschan über den Südlichen Gaskorridor und das europäische Gasnetz und diversifiziert damit das Bezugsportfolio. Diese Maßnahmen können dazu beitragen, die Befüllung der nationalen Gasspeicher kostengünstiger zu gestalten. Deutschland verfügt an rund 40 Standorten über eine große Zahl von Kavernen- und Porenspeichern. Diese Untergrundspeicher sichern Lastspitzen ab und kompensieren jahreszeitliche Verbrauchsschwankungen in Haushalten, Gewerbe und Industrie. Zudem haben Marktteilnehmer und Behörden ihre Krisen- und Vorsorgeprozesse in den vergangenen Jahren weiterentwickelt und wiederholt erprobt, um auf mögliche Versorgungsengpässe vorbereitet zu sein. So wurden etwa die Kapazitäten an Grenzübergangspunkten verstärkt und Stationen mit reversiblen Flussrichtungen ausgebaut.

Aktuell beträgt der Füllstand 57 Prozent (141 TWh) (Quelle: GIE, Stand 28.09.2026). Im Jahr 2025 wurden in Deutschland 864 TWh an Erdgas verbraucht. Entscheidend ist nicht allein der prozentuale Speicherfüllstand, sondern das Zusammenspiel von verfügbarer Speichermenge, Temperaturverlauf und kontinuierlicher Importleistung. Nach Berechnungen des DVGW müssen im kommenden Winter durchschnittlich mindestens rund 2,25 Terawattstunden Gas pro Tag importiert werden; bei ungünstigen Temperaturverläufen kann der erforderliche Import deutlich höher liegen.

Die geplante nationale Gasreserve kann künftig einen zusätzlichen Schutz gegen schwerwiegende Lieferausfälle bieten. Sie ersetzt jedoch weder eine

vorausschauende Speicherbefüllung noch belastbare Import- und Transportkapazitäten. Aus Sicht des DVGW muss deshalb auch der regulatorische Wert von Speichern als Resilienz-Infrastruktur neu bewertet werden.

Der DVGW wird die Resilienz der Gasversorgung künftig systematisch entlang der gesamten Wertschöpfungskette untersuchen – von internationalen Lieferketten über Importterminals, Netze und Speicher bis zu Gaskraftwerken und industriellen Verbrauchern. Ziel ist es, den Nutzen von Diversifizierung, Redundanz und schneller Wiederherstellungsfähigkeit messbar zu machen und im regulatorischen Rahmen angemessen zu berücksichtigen.

Wasserstoffhochlauf: Transformation der Gasinfrastruktur beschleunigen und regulatorische Hemmnisse abbauen

Die Transformation der Gasinfrastruktur für Transport und Speicherung von Wasserstoff schreitet weiter voran. Diese Entwicklung ist für das Gelingen einer klimaneutralen Energiewende entscheidend, da erneuerbarer und kohlenstoffarmer Wasserstoff künftig einen wichtigen Beitrag zur klimaneutralen Energieversorgung leisten kann, insbesondere bei schwer elektrifizierbaren Anwendungen.

Dass Deutschland über eine leistungsfähige Gasinfrastruktur verfügt, die sich in weiten Teilen – nach technischer Prüfung und gegebenenfalls erforderlicher Anpassung einzelner Komponenten – für den Transport klimaneutraler Moleküle wie Wasserstoff und Biomethan weiterentwickeln lässt, hat der DVGW in der Vergangenheit mit technisch-wissenschaftlichen Untersuchungen wie der Stahlstudie und einem Forschungsprojekt zum H₂-Umstellmanagement für Gasverteilnetze belegen können. Das Gasnetz in Deutschland umfasst rund 550.000 Kilometer. Hinzu kommen technische Anlagen und geplante Kraftwerke, für die eine spätere Umrüstung auf einen wasserstoffbasierten Betrieb vorgesehen ist. Nach DVGW-Berechnungen beziehungsweise branchenüblichen Wiederbeschaffungswerten repräsentiert die bestehende Gasinfrastruktur einen volkswirtschaftlichen Wert in dreistelliger Milliardenhöhe. Die Transformation erfolgt nicht im Entweder/Oder, sondern in einer Phase geordneter Parallelität. Erdgasversorgung und neue Wasserstoffstrukturen müssen so lange gemeinsam zuverlässig funktionieren, bis Erzeugung, Netze, Speicher und Nachfrage des neuen Systems belastbar aufgebaut sind. Das erfordert eine gemeinsame Planung von Kernnetz, Verteilnetzen und lokalen Anschlüssen.

Dass der Einsatz des Zukunftsenergieträgers Wasserstoff längst Praxis ist, veranschaulicht die Publikation „DEUTSCH₂LAND – 100 Wasserstoffprojekte“. Die aktuelle Zusammenstellung des DVGW zeigt, wo die Transformation der Energieversorgung bereits Wirklichkeit ist, und dokumentiert anhand konkreter Projekte, dass zentrale technische Anwendungen bereits erprobt oder umgesetzt werden: Pipelines werden auf Wasserstoff umgestellt, Elektrolyseure an das Wasserstoff-Kernnetz angeschlossen. Industrielle Anwendungen entstehen und Importstrukturen werden aufgebaut. Eine Studie zu Rechenzentren als Treiber integrierter Energiesysteme, die im Rahmen des DVGW Kongresses 2026 präsentiert wird, unterstreicht die Wasserstoff-Expertise des DVGW.

Um den Hochlauf weiter zu beschleunigen, kommt es nun darauf an, die notwendigen weiteren Regelungen zügig auf den Weg zu bringen und Rechtssicherheit zu schaffen. Der DVGW betont in diesem Zusammenhang, dass politische Zusagen und Zielsetzungen, die weit über Legislaturperioden hinausreichen, verlässlich eingehalten werden müssen. Es braucht ein klares politisches Bekenntnis zu Wasserstoff.

Kritik übt der DVGW am seit April 2026 geltenden Wasserstoffbeschleunigungsgesetz (WasserstoffBG). Das Gesetz vereinfacht und beschleunigt zwar die Planung und Genehmigung von Vorhaben, löst aus Sicht des DVGW jedoch nicht die weiterhin bestehende Herausforderung tragfähiger Finanzierungs- und Nachfragemechanismen für den Wasserstoffhochlauf. Auch im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) gibt es Anpassungsbedarf. Neben dem Wasserstoff-Kernnetz braucht es insbesondere leistungsfähige Wasserstoffverteilnetze, um auch weiter entfernte Industriestandorte zu versorgen. Die vollständige Umsetzung der EU-Gas- und Wasserstoff-Binnenmarktrichtlinie ist dringend erforderlich, damit Gasverteilnetzbetreiber ihre Transformationspläne vorantreiben können. Positiv hebt der DVGW beim Stromversorgungssicherheits- und Kapazitätsgesetz (StromVKG) hervor, dass für bestimmte, über langfristige Kapazitätsausschreibungen geförderte Anlagen Anforderungen an die spätere Betriebsfähigkeit mit Wasserstoff vorgesehen sind. Damit wird eine wichtige Brücke für die Transformation des Stromsystems geschaffen.

Die Notwendigkeit, Biomethan stärker als bisher in der Gesetzgebung zu berücksichtigen, ist eine weitere Forderung des DVGW. Die Stärkung im

parlamentarischen Prozess ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Biomethan zu einem strategischen Baustein der Energiewende werden kann.

Bedrohungssituation für die Kritische Infrastruktur

Die Bedrohungssituation der Kritischen Infrastruktur gibt Anlass zur Sorge. Die bekannt gewordenen physischen und digitalen Angriffe sowie Verdachtsfälle zeigen, dass Betreiber Kritischer Infrastrukturen mit einem erhöhten und vielfältigeren Gefährdungsumfeld umgehen müssen. „Die Zunahme der Bedrohungssituation ist offensichtlich“, warnt Dr. Wolf Merkel, Vorstand Wasser des DVGW. Es komme darauf an, die Gefahrenabwehr zu stärken und die Auswirkungen möglicher physischer und digitaler Anschläge zu begrenzen. Der DVGW hat sich in diesem Zusammenhang zum Beispiel bereits mehrfach gegen die Veröffentlichung von sensiblen Infrastrukturdaten ausgesprochen und den Gesetzgeber um Einschränkung der Transparenzpflichten gebeten.

Wasserwirtschaft: Klimaanpassung und Gewässerschutz brauchen mehr Tempo

Der Sommer 2026 hat Deutschland erneut vor Augen geführt, wie stark der Klimawandel bereits heute die Wasserwirtschaft herausfordert. Hitzeperioden, langanhaltende Trockenphasen und regional angespannte Versorgungslagen prägten vielerorts die vergangenen Monate. Trotz der extremen Belastungen blieb die öffentliche Trinkwasserversorgung stabil und zuverlässig. Nach Auffassung des DVGW darf diese Leistungsfähigkeit jedoch nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet werden. Um die Versorgungssicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten, sind jetzt entschlossene politische Weichenstellungen erforderlich. „Die Menschen in Deutschland konnten sich auch in diesem außergewöhnlichen Sommer jederzeit auf die Trinkwasserversorgung verlassen. Das ist eine enorme Leistung der Wasserversorgungsunternehmen. Gleichzeitig wäre es jedoch ein Fehler, die zunehmenden Herausforderungen zu unterschätzen. Die Folgen des Klimawandels kommen in der Wasserwirtschaft längst an. Deshalb müssen wir heute die Voraussetzungen schaffen, damit die Versorgung auch in Zukunft sicher bleibt“, sagt Dr. Wolf Merkel.

Wie dringend Handlungsbedarf besteht, zeigt der Klimaresilienz-Index Wasser 2026 des DVGW. Zwar verfügt die deutsche Wasserversorgung über robuste und leistungsfähige Strukturen. Gleichzeitig offenbart die Untersuchung Defizite bei Genehmigungsverfahren, regulatorischen Rahmenbedingungen und der

langfristigen Handlungsfähigkeit. Aus Sicht des DVGW droht hier ein wachsender Zielkonflikt: Während die Klimafolgen immer schneller spürbar werden, verlaufen notwendige Anpassungsmaßnahmen häufig noch zu langsam. Gefordert sind vor allem mehr Investitionen in neue Wassergewinnungsanlagen, zusätzliche Speicherkapazitäten, regionale Verbundsysteme und moderne Aufbereitungstechnologien. Viele dieser Projekte benötigen jedoch Jahre, teilweise sogar Jahrzehnte bis zur Umsetzung. „Klimaanpassung darf nicht länger an Verwaltungsgrenzen oder langwierigen Verfahren scheitern. Wer zusätzliche Wasserressourcen erschließen, Speicher bauen oder Versorgungssysteme vernetzen will, braucht schnellere und verlässlichere Genehmigungsprozesse und eine stärkere Priorisierung wasserwirtschaftlicher Infrastrukturvorhaben. Resilienz entsteht nicht durch Absichtserklärungen, sondern durch konkrete Investitionen und deren zügige Umsetzung“, betont Dr. Wolf Merkel.

Ressourcen unter Druck: Gewässer müssen konsequenter vor Schadeinträgen geschützt werden

Neben der Frage der Wassermengen rückt zunehmend auch die Qualität der Wasserressourcen in den Mittelpunkt. Mit Blick auf die von der Bundesregierung geplanten Regelungen zur Reduzierung von Nitratüberschüssen in einer neuen Düngegesetzgebung spricht sich der DVGW für einen konsequenten, verursachergerechten Vollzug aus. Maßnahmen müssten dort ansetzen, wo die Belastungen entstehen: bei den Emissionen der Betriebe und nicht erst bei den Folgen in den Gewässern. „Es ist wichtig, dass Bund und Länder auf der Agrarministerkonferenz am 25.9.2026 endlich einen Konsens erzielt haben“, betont Wolf Merkel. Für den Erfolg des dort verabschiedeten Regionalisierungsmodells wird entscheidend sein, dass sich die geplanten Regelungen an klaren Gewässerschutzvorgaben orientieren. Dann wird es mit betrieblichen Obergrenzen für den Stickstoffeinsatz, Anpassungen der Düngebedarfswerte und Vorgaben für die Bewirtschaftung auch ohne rote Gebiete möglich sein, die Nitratbelastung des Grundwassers in der Fläche zu reduzieren. Die AMK bittet den Bund, die für wasserrechtliche Fragestellungen zuständigen Umweltressorts und die relevanten Verbände an der weiteren Ausgestaltung des Düngerechts kontinuierlich zu beteiligen. „Das begrüßen wir sehr und bringen uns gern mit konkreten Vorschlägen ein. Wir können dafür auf die Expertise unserer Fachgremien und die jahrzehntelange Erfahrung erfolgreicher Wasserschutzkooperationen zwischen Land- und Wasserwirtschaft zurückgreifen“, erklärt Wolf Merkel.

Auch bei den sogenannten Ewigkeitschemikalien PFAS und bei der in Gewässern zunehmend nachweisbaren Trifluoressigsäure (TFA) sieht der

DVGW eine wachsende Herausforderung. Die Belastungen vieler Wasserressourcen nehmen zu, während die Anforderungen an die Trinkwasserqualität gleichzeitig verschärft werden. Der Verband fordert daher eine stärkere Regulierung an der Quelle und ein konsequent angewandtes Verursacherprinzip.

„Der wirksamste und zugleich kostengünstigste Gewässerschutz beginnt dort, wo Schadstoffe entstehen. Was gar nicht erst in Flüsse, Seen und Grundwasser gelangt, muss später auch nicht mit hohem technischem und finanziellem Aufwand entfernt werden. Vorsorgender Gewässerschutz ist deshalb der Schlüssel für hochwertiges und bezahlbares Trinkwasser“, so Merkel. Positive Signale kommen aus Europa. Die Europäische Kommission hat das Thema Wassersicherheit zuletzt stärker auf die politische Agenda gesetzt und damit die strategische Bedeutung der Ressource Wasser hervorgehoben. Der DVGW begrüßt diesen Kurs ausdrücklich und sieht darin eine wichtige Grundlage für die zukünftige Sicherung von Versorgung, Umwelt- und Gesundheitsschutz.

„Wasser wird gerade zu einer zentralen Zukunftsfrage Europas. Daher kommt es gegenwärtig darauf an, die politischen Ankündigungen mit konkreten Maßnahmen zu hinterlegen, Investitionen zu ermöglichen und die Verursacher von Gewässerbelastungen konsequent in die Verantwortung zu nehmen“, sagt Merkel. Der DVGW fordert deshalb eine nationale und europäische Wasserpolitik, die den Schutz der Trinkwasserressourcen, die Anpassung an den Klimawandel und die Modernisierung der Wasserinfrastruktur als strategische Zukunftsaufgabe begreift. Nur dann können Versorgungssicherheit, Wasserqualität und die Resilienz der Wasserversorgung dauerhaft gewährleistet werden.

Weitere Informationen:

DVGW Kongress 2026

<https://www.dvgw-kongress.de/2026/>

FAQ zur Sicherheit der Gas- und Wasserinfrastruktur: Schutz kritischer Infrastruktur vor physischen und digitalen Angriffen

<https://www.dvgw.de/themen/sicherheit#c93690>

DEUTSCH₂LAND – 100 Wasserstoffprojekte

<https://www.dvgw.de/leistungen/publikationen/publikationsliste/g-100-wasserstoffprojekte-in-deutschland>

Wasserstoff auf dem Vormarsch: Meilensteine und noch fehlende Bausteine in der bundesdeutschen Politik

<https://www.dvgw.de/medien/dvgw/leistungen/publikationen/deutsch2land-wasserstoff-dvgw.pdf>

H₂-Tauglichkeit von Stählen

<https://www.dvgw.de/themen/forschung-und-innovation/forschungsprojekte/dvgw-forschungsprojekt-h2-tauglichkeit-von-staehlen>

Forschungsprojekt zum H₂-Umstellmanagement für Gasverteilnetze

<https://www.dvgw.de/themen/forschung-und-innovation/forschungsprojekte/dvgw-forschungsprojekt-h2-umstellung>

Zwischen Engpass und Ausbau: Rechenzentren als Treiber integrierter Energiesysteme

<https://www.dvgw.de/rechenzentren>

Wie resilient sind Deutschlands Strom- und Gasinfrastrukturen?

[DVGW e.V.: GW - Wissensfunk 24 Resilienz von Energieinfrastrukturen](#)

DVGW-Befragung zum Klimaresilienz-Index Wasser 2026

<https://www.dvgw.de/themen/wasser/klimaresilienz-index>

DVGW-PFAS-Strategie 2030

[DVGW e.V.: PFAS](#)

DVGW-Position zu TFA

[DVGW e.V.: DVGW-Position vom 17.08.2026](#)

Kontakt:

Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

presse@dvgw.de
www.dvgw.de

Hauptgeschäftsstelle
Josef-Wirmer-Straße 1-3, 53123 Bonn

Büro Berlin
Robert-Koch-Platz 4, 10115 Berlin

Lars Wagner
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit /
Pressesprecher
Telefon: (030) 79 47 36 – 64

Sabine Wächter
Pressesprecherin
Telefon: (0228) 91 88 - 609

Der **DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.** fördert das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz. Mit seinen rund 14.000 Mitgliedern erarbeitet der DVGW die allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser. Klimaneutrale Gase und insbesondere der Zukunftenergieträger Wasserstoff sind in der Arbeit des DVGW von besonderer Bedeutung. Der DVGW ist die im Energiewirtschaftsgesetz benannte Institution für Wasserstoffinfrastrukturen. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. Der DVGW ist wirtschaftlich unabhängig und politisch neutral. Mit neun Landesgruppen und 62 Bezirksgruppen agiert der DVGW auf lokaler sowie überregionaler Ebene und ist in der ganzen Bundesrepublik vertreten. Themen mit bundesweiter oder europäischer Dimension werden durch die Hauptgeschäftsstelle in Bonn mit Büros in Berlin und Brüssel abgedeckt.